

ANTRAG

der Fraktionen der SPD und CDU

Soziale Wohnraumpolitik des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass mit der wissenschaftlichen Studie des Wissenschaftszentrums Berlin „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ neue Erkenntnisse über die soziale Struktur der Städte Ostdeutschlands, für Mecklenburg-Vorpommern insbesondere mit Blick auf Schwerin und Rostock, zur Verfügung stehen. Die Studie weist darauf hin, dass eine auf sozialen Ausgleich und gesellschaftlichen Zusammenhalt angelegte Wohnraumpolitik und Stadtentwicklungsplanung die Bereitstellung von ausreichendem und angemessenem Wohnraum und Entwicklung von Wohnquartieren nicht allein dem freien Markt überlassen werden sollte.
2. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf zu prüfen, wie die Ergebnisse der Studie, gegebenenfalls ergänzt um regionalisierte Vertiefungen, gemeinsam mit den betroffenen Städten in die Weiterentwicklung sozialer Wohnraumpolitik in Mecklenburg-Vorpommern einbezogen werden können, und dem Landtag gegebenenfalls Vorschläge zu unterbreiten, wie bestehende Förderinstrumentarien gegebenenfalls entsprechend angepasst werden können.

Thomas Krüger und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Begründung:

Die Studie „Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung kommt für viele der untersuchten Städte in den neuen Ländern zu nicht zufriedenstellenden Ergebnissen. Danach gibt es auch in Städten Mecklenburg-Vorpommerns eine zunehmende Tendenz zu einer sozialen Segregation. Aus verschiedensten Gründen ist dies gesellschaftlich nachteilig und den Tendenzen ist entgegenzuwirken. Dies gilt auch, obgleich die Aussagen der Studie, insbesondere, wenn außereuropäische Vergleiche angestellt werden, nicht 1 : 1 zugrunde gelegt werden kann.

Die Studie macht deutlich, dass bei der Frage, wie eine gute soziale Durchmischung in unseren Städten möglich ist, Nachholbedarf besteht. Hohe soziale Segregation bedeutet am Ende immer auch, dass die Herkunft aus einem Stadtteil zu einem Stigma werden kann, dass insbesondere für Kinder und Jugendliche auch positive Vorbilder für den eigenen Lebensweg fehlen können, dass sich bei den Bewohnern eines solchen Viertels die Einstellung, abgehängt worden zu sein, verfestigen kann.

Eine ausgewogene soziale Durchmischung in einer Stadt oder Gemeinde zu erreichen ist primär Aufgabe der kommunalen Ebene. Die Landespolitik kann aber mittels einer Weiterentwicklung der sozialen Wohnraumpolitik Akzente setzen, die Segregationstendenzen entgegenwirken. Eine Anpassung von Förderinstrumentarien muss daher auch mit der kommunalen Ebene abgestimmt werden.

Insbesondere für Familien mit Kindern sollte eine weitere Verschärfung von Segregations-tendenzen verhindert werden.